

Forderungen der BDP

Die BDP Schweiz hat an ihrer Delegiertenversammlung vom 15. Januar 2011 in Liestal die politischen Schwerpunkte für die eidgenössischen Wahlen 2011 präsentiert. An der Medienkonferenz „Wahlkampfauftakt: BDP – DIE neue Kraft“ vom 14. März 2011 hat die BDP neben ihrem visuellen Auftritt auch acht Forderungen aus nachfolgenden drei Handlungsfeldern vorgestellt:

- Finanz- und Wirtschaftspolitik
- Gesellschaft, Familie und Bildung
- Umwelt, Energie und Raumplanung

Die BDP hat sich seither mit den zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instrumenten insbesondere für ihre Anliegen eingesetzt. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien hat die BDP bewusst auf die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative verzichtet. Sie ist überzeugt denn je, ihre politischen Forderungen auf dem gewählten Weg weitaus effizienter und schneller umsetzen zu können. Und – der Erfolg gibt ihr Recht!

Finanzen und Wirtschaft

Die BDP fordert eine „Schuldenbremse“ für die Sozialversicherungen.

Die BDP verlangt die Einführung von Fiskalregeln für die AHV und die IV, entlang dem Konzept der Schuldenbremse.

Eingereicht in beiden Räten als Postulat am 14.06.2011

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113106

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113113

Fazit: Bereits einen Tag nach der Medienkonferenz vom 14. März 2011 hat die BDP ihren Worten Taten folgen lassen und ein entsprechendes Postulat eingereicht. Der Bundesrat hat das Postulat zur Annahme empfohlen. In seiner Antwort hat der Bundesrat seine Absicht bekräftigt, Regelbindungen für die Sozialversicherungen zu prüfen und zu realisieren. Die BDP wird sich dafür einsetzen, auch im Parlament eine Mehrheit für dieses Anliegen zu schaffen.

Die BDP fordert eine lebensformunabhängige Besteuerung.

Nach wie vor gibt es im Bereich Ehepaarbesteuerung bedeutende Ungerechtigkeiten. Die BDP setzt sich dafür ein, dass nicht das Steuergesetz, bzw. die steuerliche Belastung die Lebensform und den Zivilstand eines Paares massgeblich bestimmen, und fordert deshalb eine Reform, welche diese Ungerechtigkeiten mittels Individualbesteuerung oder Splitting aus der Welt schafft.

Eingereicht als Postulat am 15.6.2011

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113545

Fazit: Das Postulat wurde vom Bundesrat zur Annahme empfohlen. Die BDP wird sich in der grossen Kammer, dem erstbehandelten Rat, mit Überzeugung für diese Vorlage einsetzen.

Die BDP will schwere Steuerhinterzieher entschieden anfassen.

Für die BDP ist klar, dass nicht nur Steuerbetrug, sondern auch systematische und fortgesetzte Steuerhinterziehung strafbar sein muss.

Eingereicht als...

Fazit: Die BDP hat bereits am 8.6.2010 über eine parlamentarische Initiative (http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20100445) gefordert, dass einerseits der Schutz der wirtschaftlichen Privatsphäre durch das Bankkundengeheimnis in der Verfassung verankert, andererseits aber gleichzeitig der Geltungsbereich des Bankkundengeheimnisses (wer soll geschützt werden und wer nicht?) präzisiert wird. In der vorbereitenden Kommission wurde die parlamentarische Initiative der BDP von sämtlichen Parteien abgelehnt. Die BDP gibt sich damit nicht zufrieden und hat in der Herbstsession mit der Einreichung des erwähnten Vorstosses einen weiteren Anlauf genommen.

Die BDP fordert konkrete Massnahmen gegen Dumpinglöhne.

Die positiven Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Schweizer Wirtschaft sind erwiesen. Umso störender sind die Missbrauchsfälle. Viele in- und ausländische Unternehmen unterlaufen die gesetzlichen Bestimmungen und respektieren die Schweizer Mindestlöhne nicht. Die BDP fordert, dass die flankierenden Massnahmen zur Vermeidung von Dumpinglöhnen gezielt ausgebaut werden.

Eingereicht als Motion am 15.06.2011

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113525

Fazit: Der Bundesrat hat die Annahme der Motion beantragt. Er hat in seiner Antwort darauf hingewiesen, dass eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Sozialpartner, der Kantone und des Bundes bis im Herbst 2011 eine erste Analyse von Problemen wie der Lohnunterbietung bei Neueinstellungen, der konsequenteren Nachbearbeitung von Lohnunterbietungen sowie der Durchsetzung von Sanktionen bei ausländischen Entsendebetrieben vorlegen solle. Die BDP wird das Dossier weiterverfolgen und bei Bedarf erneut darauf pochen, dass die flankierenden Massnahmen auch wirklich konsequent durchgesetzt werden.

Der Nationalrat hat die Motion am 19.9. angenommen.

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4820/362515/d_n_4820_362515_363229.htm

Gesellschaft, Familie und Bildung

Die BDP fordert koordinierte Blockzeiten in den Grundschulen.

Die BDP setzt sich ein für die „traditionelle“ Familie, bejaht aber auch moderne Gemeinschaftsformen und unterschiedliche Familienmodelle, ohne diese gegen einander auszuspielen. Sie sagt deshalb Ja zur Förderung familienunterstützender und schulbegleitender Tagesstrukturen, weil sie überzeugt ist, dass diese infolge der veränderten Lebensbedingungen in der heutigen Gesellschaft einem Bedürfnis entsprechen.

Eingereicht als Interpellation am 15.06.2011

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113556

Fazit: Die Interpellation betreffend der Blockzeiten wurde vom Bundesrat beantwortet und kommt nun vor den Nationalrat. In seiner Antwort hat der Bundesrat betont, dass er der Einführung von Blockzeiten eine grosse Bedeutung zumisst, weil sich damit die Organisation sowohl der elterlichen als auch der schulergänzenden Betreuung vereinfache. Der Bundesrat hat weiter darauf hingewiesen, dass die vermehrte Gliederung des Unterrichts in Blockzeiten ein laufender Prozess sei, in den insbesondere auch die kantonalen Behörden eingebunden werden müssen. Die BDP wird sich im Nationalrat vehement für dieses Anliegen einsetzen und auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Debatte betreffend Blockzeiten in Gang bleibt und rasch eine umsetzbare Lösung gefunden wird.

Die BDP setzt sich für ein Förderprogramm für Technik und Naturwissenschaften an den Grund- und Mittelschulen ein.

Ingenieurinnen und Ingenieure sind für die Innovationskraft des Arbeitsplatzes Schweiz ausserordentlich wichtig. Sie setzen neue Technologien industriell und volkswirtschaftlich um und bringen das Land damit längerfristig weiter. Die Schweizer Wirtschaft könnte doppelt so viele MINT-Fachkräfte (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) brauchen, als zurzeit pro Jahr abschliessen. Dies gilt für die Universitäts- und die Fachhochschulstufe.

Eingereicht als Interpellation am 15.06.2011

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113555

Fazit: In seiner Antwort hat der Bundesrat darauf hingewiesen, dass er dem Parlament im Rahmen der BFI-Botschaft 2013-2016 Vorschläge zur Behebung des Fachkräftemangels unterbreiten wird. Im weiteren sei ihm insbesondere daran gelegen sei, die in diesem Bereich in der Schweiz bereits laufenden Initiativen besser zu koordinieren. Die BDP wird sich dafür einsetzen, dass hier Lösungsansätze erarbeitet werden, die überzeugen.

Umwelt, Energie und Raumplanung

Die BDP fordert den Schutz der wertvollen landwirtschaftlichen Nutzflächen analog zum heutigen Waldgesetz und eine massive Begrenzung des künftigen Waldflächenwachstums auf den Stand 2011.

Geht die heutige Entwicklung ungebremst weiter, so wird die Schweiz in ungefähr 300 Jahren nur noch aus Wald und Siedlungsgebiet bestehen. Die BDP will den Bodenverbrauch drastisch reduzieren und verstärkt nach Innen lenken, um die Kosten der Zersiedelung wieder in den Griff zu bekommen, die Verschandelung der Landschaften zu stoppen und die landwirtschaftlichen Nutzflächen zu schützen. Insbesondere dieses Ziel wird sich nur erreichen lassen, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, den künftigen Wachstum der Waldfläche im Rahmen einer Interessenabwägung zu einem wesentlichen Teil zu kompensieren.

Eingereicht als

Fazit:

Die BDP fordert die konsequente Nutzung bestehender, erschlossener Bausubstanz im Nichtsiedlungsgebiet und eine stärker nach Innen gerichtete Siedlungsentwicklung. Sie fordert zudem eine massive Verdichtung in Städten und Agglomerationen zwecks Reduktion des Landverschleisses sowie eine massvolle verdichtete Entwicklung im ländlichen Raum mit der Möglichkeit zur Schaffung von

Arbeitsplatzzonen.

Der Boden ist eine endliche Ressource und sein Verlust irreversibel. Die Nachfrage nach Fläche, nach Nahrung und Energie kann durch keine Form von Anpassung umgangen werden. Darum ist es von grösster Bedeutung, dass wir mit dem Boden haushälterischer umgehen.

Eingereicht als

Fazit: Die BDP ist überzeugt, dass die Schweiz einen griffigen Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative braucht, welche sie als konzeptloses Stückwerk ablehnt. In diesem Sinn hat die BDP-Fraktion bezüglich der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes einen Antrag zur Rückweisung an die zuständige Kommission (UREK-N) gestellt. Diese soll eine Subkommission einsetzen und beauftragen, einen neuen, konsistenten Gegenentwurf auszuarbeiten.

Die BDP ist ihrerseits bestrebt, neue Lösungswege aufzuzeigen und zu einer konstruktiven Politdebatte beizutragen. In diesem Sinn hat sie bereits 2010 zwei Vorstösse eingereicht (siehe das vom Bundesrat zur Annahme empfohlene Postulat „Umnutzung von landwirtschaftlichen Bauten“ vom 17.06.2010

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103483

sowie die vom Bundesrat, allerdings ohne Einbezug des Waldes, ebenfalls zur Annahme empfohlene Motion „Umfassender Schutz des Kulturlandes“ vom 17.06.2010

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103489

Mit derselben Motivation hat die BDP in der Herbstsession zwei weitere Vorstösse zur Raumplanung eingereicht.